

Ludwig Watzal

Arafats Diktatur

Der „Palästinenserstaat“ als selbstverwaltetes Gefängnis

Vor zwei Jahren, am 13. September 1993, unterzeichneten Israelis und Palästinenser eine „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“. Konkret umgesetzt wurde diese Absichtserklärung im „Gaza-Jericho-Abkommen“ vom 4. Mai 1994. Die Hoffnungen der Palästinenser, daß diese Vereinbarungen oder das nunmehr vor der Unterzeichnung stehende „Interimabkommen“ rasch zu einem unabhängigen Palästinenserstaat führen werden, sind inzwischen arg enttäuscht worden. Ein Palästinenserstaat erscheint im Lichte der Realitäten wie eine Fata Morgana. Und der schönfärbische Terminus „Friedensprozeß“ vermag allenfalls noch die Öffentlichkeit in den USA und in Westeuropa über die tatsächliche Lage im Nahen Osten hinwegzutäuschen. Seit Unterzeichnung der „Prinzipienerklärung“ sind über 200 Palästinenser und 140 Israelis durch Anschläge getötet worden. Die Verletzungen der Menschenrechte gehen auf beiden Seiten unvermindert weiter. Solange es nicht zu einer Rückübertragung von Land- und Wasserressourcen kommt, wird es keinen dauerhaften Frieden geben.

Vor den Augen der Weltöffentlichkeit wird mit Hilfe der USA und der israelischen Regierung eine palästinensische Diktatur errichtet. Waren Arafat noch laut „Gaza-Jericho-Abkommen“ 9000 bewaffnete Polizisten zugestanden worden, so ist seine Armee inzwischen bereits auf 20000 Mann angewachsen. Auf 50 Palästinenser kommt ein Polizist; in Los Angeles vergleichsweise ein Polizist auf 2000 Menschen. In den „autonomen Gebieten“ operieren acht palästinensische Geheim- und Sicherheitsdienste unabhängig voneinander, um die eigene Bevölkerung zu kontrollieren, einzuschüchtern und zu unterdrücken. Die beiden Abkommen sowie das anvisierte „Interimabkommen“ sind nicht Dokumente der politischen Emanzipation, sondern eher solche sozialer Unterwerfung und vor allem hochgradig asymmetrisch. Die palästinensische Führung ist in eine

totale Abhängigkeit von Israel geraten. Der Optimismus und die Euphorie, die kurz nach der Unterzeichnung der „Prinzipienerklärung“ vorherrschten, ist in Enttäuschung umgeschlagen. Zwar überbot man sich von nordamerikanischer und westeuropäischer Seite mit Angeboten zur finanziellen Unterstützung, doch ist es im wesentlichen bis heute bei den Zusagen geblieben. Die palästinensische Selbstverwaltungsbehörde steht daher ständig am Rande des finanziellen Bankrotts. Zudem ist Arafat nicht bereit, für eine finanztechnische Transparenz zu sorgen. So werden im Augenblick hauptsächlich die Gelder dafür verwendet, Arafats Armee und die neuentstehende bürokratische Klasse zu unterstützen, die inzwischen auf etwa 50000 Mann angewachsen ist.

Die spärlichen Investitionen sind nicht dazu angetan, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Hinzu kommt, daß Arafat einen autokratischen und selbstherrlichen Führungsstil pflegt. Er führt die beiden Enklaven wie eine Befreiungsorganisation, d. h., er entscheidet quasi alles allein. Jeder Scheck über 50 Dollar muß von ihm persönlich unterzeichnet werden. Solange Arafat seine undurchsichtigen Führungs- und Finanzallüren nicht aufgibt, solange werden auch die Geldgeber zu Recht zurückhaltend mit der Erfüllung weiterer Zusagen sein. Blühende Landschaften werden auf Jahrzehnte im Gaza-Streifen sicherlich nicht entstehen.

Während der durch die Abkommen erzielte diplomatische Erfolg Israels nur um etwas geringer zu bewerten ist als der der Staatsgründung von 1948, ist die Niederlage der Palästinenser dagegen total. Sie haben den hundertjährigen Anspruch des Zionismus auf das „Land Israel“ (Eretz Israel) anerkannt, obwohl das Gebiet von den Israelis im Sechs-Tage-Krieg vom Juni 1967 in einer „kriegerischen Besetzung“ gegen das Völkerrecht okkupiert worden ist. Arafat mußte in einem Schreiben, das der „Prinzipienerklärung“ vorausgegangen war, anerkennen, daß der

palästinensische Widerstand bloßer „Terror“ war. Auch hatte er sich verpflichtet, die palästinensische Nationalcharta, in der das Existenzrecht Israels bestritten worden war, zu liquidieren.

In den Medien wird vom Gaza-Streifen und der Enklave Jericho immer von „autonomen Gebieten“ gesprochen. Dies ist jedoch Augenwischerei. In Wirklichkeit sind beide Gebiete weiterhin unter israelischer Besatzung. Die eher bedächtige „Neue Zürcher Zeitung“ vom 7. Juli 1995 nennt Arafat einen „Statthalter“ in einem „selbstverwalteten Gefängnis“. Arafats Sprecher, Marwan Kanafani, nennt „das erste Jahr Autonomie eine Riesenenttäuschung“. Dies ist auch nicht verwunderlich, weil das „Gaza-Jericho-Abkommen“ mit seinen zahlreichen Rück-, Kreuz- und Querverweisen als nicht umsetzbar gilt. Was in einem Satz zugestanden wird, nimmt der nächste schon wieder zurück. Das Abkommen vernebelt mehr, als es klärt. Das einzig substantielle Zugeständnis Israels an die PLO ist, mit ihr, der ehemaligen

„Terrororganisation“, zu reden. Arafats Autonomiebehörde ist jetzt nichts weiter als eine von vielen Interessengruppen.

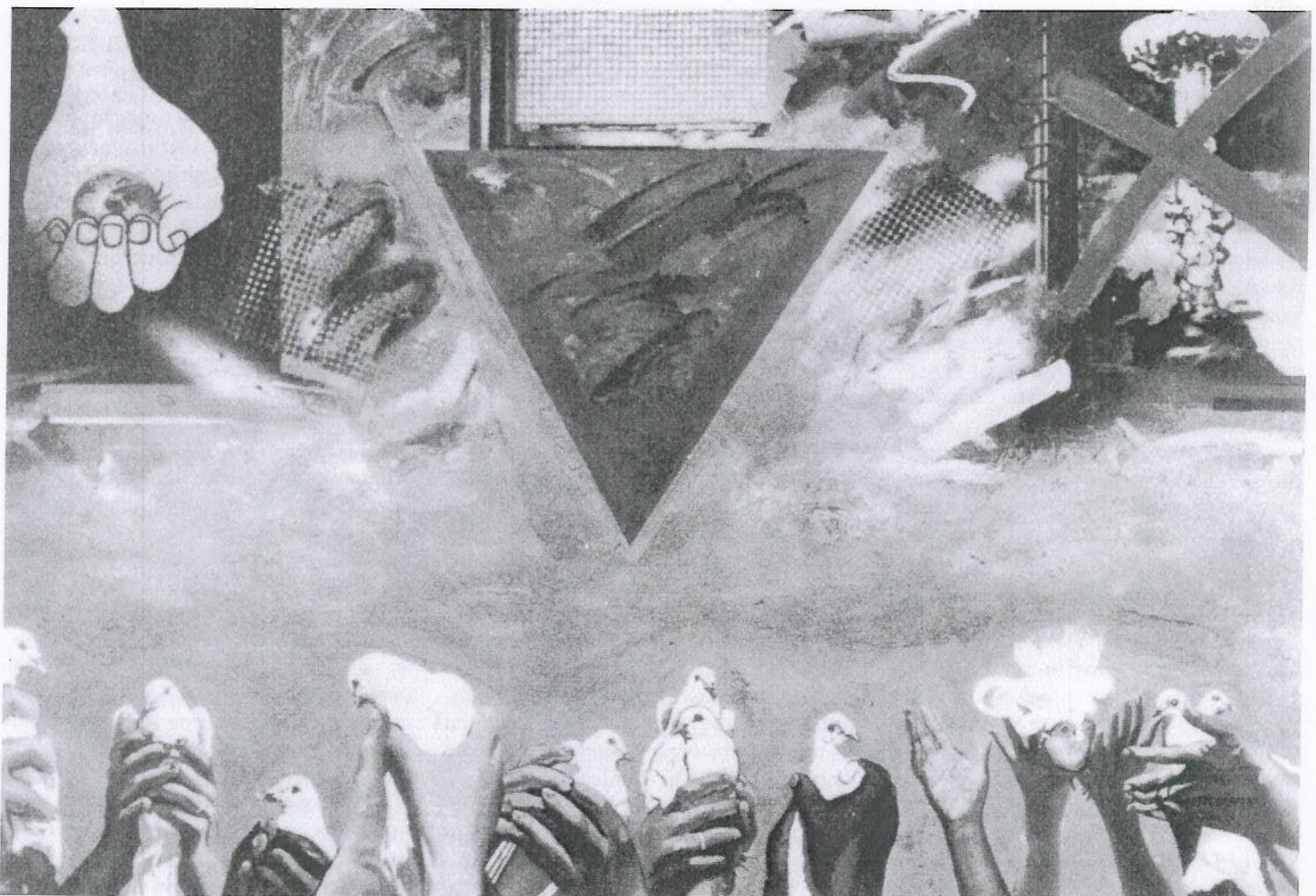
Israel wurde einen Teil des unregierbaren Gaza-Streifens los, ohne eine substantielle Konzession zu machen. Israel ist es gelungen, international den Eindruck zu erwecken, als handle es sich bei Gaza und Jericho um selbständige Gebilde. Dagegen sind etwa 50 Prozent des Gaza-Streifens weiter unter israelischer Oberhoheit; keine Siedlung wurde aufgelöst, sie sind exterritorial. Sie unterliegen ausschließlich israelischer Jurisdiktion, auf dem Rest drängen sich über 800000 Palästinenser. Alle Militärverordnungen bestehen weiter, neue sind hinzugekommen, und die Palästinenser müssen sie umsetzen.

Israel hat auch das alleinige Sagen, was die Außenpolitik, die Wirtschaft und die Belange der Sicherheit angeht. Israel kann jederzeit die Palästinenser-Gebiete abriegeln, was nach jedem Anschlag ja auch geschieht. Damit sitzen die Palästinenser wie die Maus in

der Falle. Was aber ist eine Autorität wert, die noch nicht einmal über die Ein- und Ausreise seiner eigenen Bevölkerung entscheiden kann?

Arafats einzige Rolle als „Polizeichef von Gaza“ oder „Bürgermeister von Jericho“ ist, die israelische Sicherheit zu garantieren. Dazu bedient er sich immer häufiger totalitärer Methoden. Seine Geheimdienste schüchtern Kritiker ein, bedrohen sie mit dem Leben und nehmen willkürliche Verhaftungen vor. Die Menschenrechtsorganisationen in der Westbank werden sich eines Tages womöglich noch nach der israelischen Besatzung zurücksehen, wenn sie erst Arafats Regime zu spüren bekommen.

In seinem Bericht „Trial at Midnight“ vom Juni 1995 hat das Internationale Sekretariat von „amnesty international“ in London über das von Arafat neugeschaffene „Staatssicherheitsgericht“ berichtet. Im Vergleich dazu sind die israelischen Militärgerichte demokratische und rechtsstaatliche Institutionen, bei denen es wenigstens for-



Heitti Polli: „Gegen den Krieg“, 1985

Abbildung: Katalog „Schrecken und Hoffnung“, Hamburger Kunsthalle, 1987

mal korrekt zugeht. Dem „Gericht“ Arafats sitzen inkompetente Geheimdienstoffiziere vor, die keinerlei juristische Ausbildung haben. Sie tagen fast ausschließlich nachts, Verteidiger sind nicht zugelassen. Es gibt auch keine schriftlichen Unterlagen. Die „Angeklagten“ wissen bis kurz vor der Verhandlung nichts über ihre „Straftaten“. Gegen diese „Urteile“ gibt es auch keine Einspruchsmöglichkeit, sondern nur die „Gnade“ Arafats.

Völlig unverständlich ist, daß von seiten der USA diese Einrichtung begrüßt worden ist. So lobte US-Vizepräsident Al Gore am 24. März anlässlich seines Besuches bei Arafat dieses Staatssicherheitsgericht „als einen wichtigen Schritt in Richtung vertrauensbildende Maßnahmen im Friedensprozeß und in dem Bemühen bei den Behörden auf beiden Seiten die Gewalt zu kontrollieren und den Terrorismus zu stoppen und die Feinde des Friedensprozesses zu besiegen“. Am 5. April sagte Al Gore in einer Rede vor dem „Institut für die Politik des Nahen Ostens“ in Washington: „Ich weiß um die Kontroverse über das Staatssicherheitsgericht. Ich persönlich glaube, daß die Anschuldigungen unbegründet sind und die Palästinenser das Richtige tun und Fortschritte machen und daß sie mit den Verurteilungen fortfahren.“

Die Menschenrechtsverletzungen von israelischer und palästinensischer Seite dauern an. Israel setzt seine rechtswidrigen Häuserzerstörungen, Kollektivstrafen, Folterungen und die anderen illegalen Maßnahmen fort, ohne daß die Medien darüber berichten. Auch die Palästinenser haben sich an den israelischen Praktiken orientiert und mit Folterungen begonnen; zwei Palästinenser sind den Torturen bereits erlegen. Hunderte von Landsleuten sitzen ohne Gerichtsverfahren in den Gefängnissen. In den Enklaven Gaza und Jericho herrschen Chaos, Willkür und völlige Rechtsunsicherheit.

Nach der Unterzeichnung der Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern fragt keiner mehr nach der Relevanz des Völkerrechts in diesem Konflikt. Es sei daran erinnert, daß Israel wider das Völkerrecht fremdes Territorium besetzt hält und die einseitigen Maßnahmen von seiten Israels völkerrechtlich formal null und nichtig sind. Sowohl die Annexion Jerusalems und der Golanhöhen als auch die Siedlungen in den besetzten Gebieten widersprechen dem Völkerrecht. Da aber das

Völkerrecht nur dort seine Anwendung findet, wo es von einer Macht durchgesetzt wird, braucht sich Israel keine Sorgen zu machen. Die USA tun alles, um die UN-Resolutionen, die den Palästinenserkonflikt betreffen, zu liquidieren, da es sich nach ihrer Meinung nicht mehr um einen internationalen, sondern nur noch um einen bilateralen Konflikt handelt, der in beiderseitigem Einvernehmen zu regeln ist. Was dies für die Palästinenser bedeutet, dürfte klar sein: Der machtpolitisch Schwächere hat nachzugeben, was bereits geschieht.

„Hand-off“-Politik

Durch die Unterzeichnung der Abkommen haben sich die Palästinenser einer für sie vorteilhaften völkerrechtlichen Position beraubt. Sie haben als Unterdrückte ihre Unterdrücker legitimiert. Zu dieser Strategie gehört auch das Votum des amerikanischen Senats, die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zurückzuverlegen. Präsident Bill Clinton ist derzeit nur noch dagegen, weil dies die arabischen Staaten als Affront betrachten würden und dies negative Auswirkungen auf den „Friedensprozeß“ haben könnte. Die arabischen Länder sehen die USA schon lange nicht mehr in der Rolle des „ehrlichen Maklers“. Unter Clinton haben sie diese Rolle sofort abgelegt. Eine israelfreundlichere Regierung wie die augenblickliche in den USA hat es wohl noch nie gegeben.

Die USA tun auch alles, um die Europäer aus der Region fernzuhalten. Ihre Art „hand-off“-Politik ist eine Neuauflage der Monroe-Doktrin für den Nahen Osten, nach der sich die europäischen Mächte aus dieser Region herauszuhalten haben, weil dies alleiniges Interessengebiet der USA ist. Die anderen Mächte sind höchstens als Geldgeber willkommen.

Da wir von Israels Ministerpräsident Yitzhak Rabin wissen, daß es keine „heiligen Daten“ gibt, ist es auch nicht verwunderlich, daß der in der „Prinzipienerklärung“ festgelegte Zeitplan völlig in Unordnung geraten ist. Auch daß der 1. oder 25. Juli als Termin für ein „Interimabkommen“ ergebnislos verstrichen ist, erscheint deshalb als völlig normal.

Auch wurden von den 37 Verwaltungsbereichen erst fünf an die Palästinenser übertragen. Und die Konzessionen, die die Palästinenser auch im „Inte-

rimabkommen“ werden machen müssen, sprechen für die eingangs geäußerte Unterwerfungsthese. Vor allem die Kontrolle über das Wasser wird Israel nicht abgeben; so erhalten die Palästinenser nur ein Fünftel des Wassers, was Israel aus den besetzten Gebieten für das Kernland abpumpt. Nahezu 40 Prozent der palästinensischen Haushalte haben überhaupt kein fließendes Wasser. Israel läßt für die Palästinenser im Gaza-Streifen keine Tiefbrunnen bohren. Daß den Palästinensern zur Verfügung stehende Wasser im Gaza-Streifen ist zudem hochgradig gesundheitsschädlich. Dagegen schwimmen die Siedler geradezu im Wasser.

Wie irrelevant ein „Interimabkommen“ ist, wird durch einen Kommentar in Ha'aretz vom 6. Juli von Meron Benvenisti, ehemaliger Vizebürgermeister von Jerusalem deutlich: „Die Bezeichnung der Situation in den Gebieten als ‚Besetzung‘ beruht auf mehreren Bedingungen, und zwar auf der Übernahme der Hälfte des Landes in der Westbank, der Siedlungen in aneinandergereihten Blöcken, des Gebrauchs des meisten Wassers durch Israel, der wirtschaftlichen Ausbeutung, der Behinderung der palästinensischen wirtschaftlichen Entwicklung, des bürokratischen Terrorismus, der brutalen Gewalt und der totalen Unterdrückung jeglicher palästinensischer politischer Aktivität. Keine einzige dieser Bedingungen wird sich durch die erwartete Unterzeichnung des „Interimabkommens“ ändern, außer der letzten. In den anderen Bereichen wird die israelische Kontrolle weniger direkt sein. Statt die Dinge selber zu regeln, werden ‚israelische Verbindungsbeamte‘ hinter den palästinensischen Angestellten die Entscheidungen treffen, gerade wie es im Gaza-Streifen geschieht.“ Treffender kann man das Regime der „indirect rule“ nicht beschreiben. Diese neokolonialistische Herrschaftsform wird von den Palästinensern als „Meilenstein“ gepriesen.

Für Mai 1996 sind die Verhandlungen über den endgültigen Status vorgesehen. Auch hier sollten sich die Palästinenser nicht allzu viel versprechen. Die Westbank wird in Kantone unterteilt: die sieben palästinensischen Städte, mehrere hundert palästinensische Dörfer, unbewohnte Gebiete und die jüdischen Siedlungen. Gleichzeitig mit dem Abzug aus den Städten, werden die Palästinenser in den Dörfern die zivile Autonomie erhalten und dort Polizeibeamte stationieren. Allerdings bleibt

Israel weiterhin für die Sicherheit zuständig. Das gilt auch für die unbewohnten Gebiete in der Westbank. Auf den Straßen zwischen den Städten werden israelische Truppen patrouillieren. Von Zeit zu Zeit können gemeinsame Patrouillen durchgeführt werden, falls die Umstände es erfordern. Über die jüdischen Siedlungen haben die Palästinenser keinerlei Befugnisse. Wird dieser Friede des Siegers auf tausend Seiten Papier die Aussöhnung oder nur den hilflosen Zorn bringen?

Falls im Mai 1996 die Verhandlungen über den endgültigen Status beginnen sollten, wird Arafat jeglicher politischen Druckmittel beraubt sein. Erst dann geht es auch um Wesentliches: die Siedlungen, die Rückkehr der Flüchtlinge von 1967, Jerusalem, die Eigenstaatlichkeit, die Entschädigung u. v. m. Die Palästinenser werden auf den guten Willen Israels angewiesen sein, und der zählt in den internationalen Beziehungen wenig, wo es um die Durchsetzung nationaler Interessen geht. Da Israel in der dominanten Position ist, braucht es auch keine substantiellen Konzessionen zu machen. Und politische Zugeständnisse von seiten der Palästinenser wurden bisher nicht durch israelische Großzügigkeit beantwortet.

Der „Friedensprozeß“ ging von Anbeginn an von falschen Annahmen aus. So dachte man, daß erstens die Mehrheit der Palästinenser davon überzeugt werden könne, daß diese Abkommen die Antwort auf ihre legitimen Rechte sind und sie sie deshalb akzeptieren würden, und zweitens, daß Arafat in der Lage sein würde, die Opposition gegen die Vereinbarungen unter Kontrolle zu halten. Beide Annahmen haben sich weitgehend als falsch erwiesen.

Das Dilemma in dem sich Arafat befindet, ist offensichtlich. Je öfter er gegenüber Israel nachgeben muß, desto schwächer wird seine Position innerhalb der palästinensischen Gesellschaft. Aufgrund dieser heiklen Lage gewinnt die Kritik der palästinensischen Opposition auch an Plausibilität. Sie wirft Arafat vor, „Israels neuer militärischer Arm und ein Instrument des Staates Israel“ zu sein. Der Sprecher von Hamas, Mahmud Zahar, bezeichnet die Vereinbarungen von Oslo als ein reines „Sicherheitsabkommen zugunsten Israels, als ein Abkommen, welches die Besetzung keineswegs beende, sondern ihre Fortsetzung rechtfertige, ihr einen Schein von Legalität verleihe und Israel

gegen internationale Kritik absichere“. Dies zeigt deutlich, in welcher absurden Situation sich Arafat befindet.

Wenn Israel seine Vorstellungen in diesem „Friedensprozeß“ durchgesetzt haben wird, werden die Israelis 100 Prozent der palästinensischen Bevölkerung los sein, aber nur 18 Prozent des Territoriums. Gleich wie das palästinensische Gebilde auch aussehen mag, es wird „ein palästinensischer Staat sein“, so die etwas zynische Einschätzung des israelischen Umweltministers Yosef Sarid. Und auch Außenminister Shimon Peres hat längst Klartext geredet: „Jerusalem ist keine Verhandlungsfrage für Israel.“ Und doppeldeutig fügt er hinzu: „Gaza wird ein Erfolg.“

Für Israel haben sich die Abkommen schon vielfach ausgezahlt. Das Land wurde aus seinem Paria-Status in der Region enthoben. Jordanien hat einen Friedensvertrag mit Israel geschlossen und der Golf-Kooperationsrat den Wirtschaftsboykott aufgehoben. Tunesien und Marokko haben Verbindungsbüros in Israel eingerichtet. Ende Oktober 1994 wurde Israel sogar zur arabischen Wirtschaftskonferenz ins marokkanische Casablanca geladen; die Palästinenser waren hier nur Zaungäste. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ländern, die bisher noch Vorbehalte gegenüber Israel hatten, ist nunmehr erfolgt. Die Abkommen haben Israels Rang als die dominierende Wirtschafts- und Militärmacht der Region bestätigt.

Und was bleibt für die Palästinenser? Einen Ausstieg aus diesem Friedensprozeß würde Arafat politisch nicht überleben. Die Rückkehr zum bewaffneten Kampf ist keine Alternative, weil es keine relevante Macht gibt, die diesen unterstützen würde, und darüber hinaus sich die Palästinenser vor der Weltöffentlichkeit total diskreditieren würden. Die Anwendung von Gewalt ging letztendlich immer zu Lasten der Palästinenser, deshalb sollte ihre Anwendung auscheiden. Die USA und auch Deutschland könnten auf Israel einwirken, mehr Zugeständnisse gegenüber den Palästinensern zu machen.

Israel dagegen sollte seinen Triumph nicht vollends auskosten und die Palästinenser weiter demütigen, denn sonst könnte sich sein größter diplomatischer Erfolg seit der Staatsgründung in einen Pyrrhussieg verwandeln. Ein wirklich souveräner und friedlicher Palästinenserstaat läge langfristig auch im Interesse Israels.